

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 15 (1935-1936)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Französische Einheitsbewegung 1935  
**Autor:** Scheffler  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332459>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

der Gewalt an der Macht zu behaupten vermag, kann keinen Bestand haben. So schwer und opferreich der illegale Kampf der österreichischen Arbeiter auch ist, er ist nicht vergebens. Früher, als es die Herrschenden auch nur denken, wird in Oesterreich der Tag kommen, da das österreichische Volk unter der Führung der sozialistischen Arbeiterschaft sich wieder die Freiheit erkämpfen und die faschistische Diktatur für immer stürzen wird.

---

## **Französische Einheitsbewegung 1935**

Von Scheffler

Die Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterbewegung ist seit bald zwei Jahren auf Frankreich gelenkt. Der 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale predigte immer wieder, es müßten die notwendigen Lehren aus der doppelten Erfahrung gezogen werden: der Niederlage des gespaltenen deutschen Proletariats und des Sieges der geeinten französischen Arbeiterbewegung über den Faschismus. Spaltung und Einheit werden auch in den Augen vieler Sozialisten zu der einzigen Bedingung von Niederlage oder Sieg; auch für sie wird die französische Einheitsbewegung zum Vorbild für die Arbeiterbewegung aller übrigen Länder. Nun ist sicher, daß tatsächlich in Frankreich ein Versuch gemacht wird, dessen Ausgang nicht nur für das französische, sondern für das internationale Proletariat von entscheidender Bedeutung sein kann. Um so wichtiger ist es, die Probleme und die Peripetien dieser Einheitsbewegung nicht nur mit leidenschaftlicher Anteilnahme, sondern auch mit nüchterner Objektivität zu verfolgen. Nur so kann der erste historische Versuch, die jahrzehntelange Spaltung zu überwinden, zu einer Kraftquelle des internationalen Proletariats werden.

### **Anfang 1935**

Im ersten Monat des verflossenen Jahres war die Einheitsbewegung schon fast seit zwölf Monaten wirksam. Sie hatte Hoffnungen geweckt und Hoffnungen betrogen. Dennoch glaubte die Mehrheit des französischen Proletariats, die Einheitsbewegung würde zur organisatorischen Verschmelzung der politischen Parteien führen; an eine Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung wagte man nicht zu denken, da hier die Einheit noch um keinen Schritt vorangekommen war. Am Ende des Jahres 1935 scheinen die politischen Parteien von der erhofften Einheit weiter entfernt zu sein als je; die Vereinheitlichung der beiden großen Gewerkschaftsverbände ist praktisch vollzogen. Aus diesem doppelten Ergebnis Schlußfolgerungen zu ziehen, dürfte für die Zukunft der internationalen Einheitsbewegung von größter Bedeutung sein.

Schon zu Anfang des Jahres waren zwischen Kommunistischer und Sozialistischer Partei Meinungsverschiedenheiten in der Frage

aufgetaucht, die auch im weiteren Verlauf entscheidend bleiben sollte. Die Sozialisten wollten von der Aktionseinheit beider Parteien, die sich in mehrfachen Prüfungen gut bewährt hatte, so bald als möglich zur organisatorischen Einheit beider Parteien fortschreiten, die Kommunisten versuchen die Aktionseinheit auszubauen, ohne schon jetzt die Verschmelzung der Organisationen anzustreben. Absichten und Gründe sind zwar von beiden Parteien niemals offen klargelegt worden, tatsächlich widersprechen sich aber vor allem in diesem Punkt die Interessen der beiden Parteien.

Die Sozialistische Partei bemerkte, daß in allen Teilen des Landes seit der Einheitsfrontbewegung ein Zugang an Mitgliedern fast überhaupt nicht mehr zu verzeichnen war. Die bisher Unorganisierten blieben in den antifaschistischen Abwehrkomitees und anderen ähnlichen Organisationen, sahen aber keinen Grund, sich der Sozialistischen Partei anzuschließen, da sie, seitdem das Parteileben sich in der Einheitsfrontbewegung erschöpfte, in ihren Organisationen alle Rechte der ordentlichen Parteimitglieder besaßen. Die Kommunistische Partei, die zu Anfang des Jahres organisatorisch kaum noch bestand, litt unter diesem Zustand nicht, wohl aber die Sozialisten. Sie konnten hoffen, bei einer Verschmelzung sich entscheidend durchsetzen zu können.

Die Kommunisten hingegen waren an einer Aufrechterhaltung der Einheitsfront, und nur der Einheitsfront, aufs stärkste interessiert. Die Verschmelzung bedeutete unwiderrufliche Festlegung, die auch für das Schicksal der Kommunistischen Internationale entscheidende Folgen haben konnte. Die Einheitsfrontbewegung hingegen bedeutete die Möglichkeit, wieder an die Massen heranzukommen, mit denen die Kommunisten fast überall außerhalb der roten Vorstädte von Paris den Kontakt verloren hatten, bedeutete also einen organisatorischen Gewinn für die Kommunistische Partei, ohne den man in die Einheitspartei gar zu wenig eingebracht hätte.

### **Aktionseinheit**

Es ist nach dem Gesagten verständlich, daß die Impulse für die Aktionseinheit immer wieder von den Kommunisten ausgehen. War die Kampfereinheit für die sozialistischen Arbeiter und ihre Partei zu einer Selbstverständlichkeit geworden, für die man besondere Begeisterung nicht mehr aufbringen konnte, so wurden die Kommunisten nicht müde, immer neue Vorschläge zur Belebung eben dieser Aktionseinheit zu machen. Freilich nicht mit sonderlich viel Glück. Abgesehen von gemeinsamen Demonstrationen und Manifesten, wurden praktische Resultate fast nirgends erzielt. Da wurden Kommissionen beschlossen, die gegen die Teuerung, und solche, die gegen den zweijährigen Militärdienst gemeinsame Maßnahmen vorbereiten sollten; man hat von der Arbeit dieser Kommissionen nie etwas gehört. Andere Vorschläge der Kommunisten nahmen die Sozialisten erst gar nicht auf, was dann mehrfach dazu führte, daß die Kommunisten Vorwürfe gegen die Sozialisten erhoben (berühmt wurde besonders ein Aufsatz in der Fe-

bruarnummer der »Cahiers du bolchévisme«), die sich vielleicht der Form, aber nicht der Sache nach von der Polemik früherer Zeiten unterscheiden.

Erst Ende September erblickte das seit einem Jahr erwartete gemeinsame Aktionsprogramm das Licht. In Anlehnung an große Vorbilder, forderte es zum Kampf um Brot, Frieden und Freiheit auf. Das Brot der Arbeiter soll durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter, die Aufhebung der Notverordnungen, die Verallgemeinerung der Tarifverträge gesichert werden, das der Bauern durch Festpreise und Verbrauchergenossenschaften, das der Arbeitslosen durch eine zentrale Arbeitslosenversicherung. Die notwendigen Mittel sollen durch »Maßnahmen aufgebracht werden, die die großen Vermögen treffen«. — Der Frieden soll in erster Linie durch die Verstaatlichung der Rüstungsindustrien erhalten werden. — Die Freiheit schließlich ist durch die Auflösung der faschistischen Verbände, die Verteidigung der weltlichen Schule, durch die Nationalisierung der Bank von Frankreich und der großen kapitalistischen Monopole zu sichern. Alles in allem ein Katalog von Forderungen, der seit der Entstehung des Planismus mit mehr oder weniger großer Präzision in jeder Plattform zu finden ist. Kein Wort darüber, wie die Arbeiterklasse an Kraft gewinnen soll, um diese Forderungen durchzusetzen, wie der tägliche Kleinkampf zum Kampf um diese Lebensfragen des Proletariats gesteigert werden soll. Kein wirkliches Aktionsprogramm also. Es ist denn auch auf dem Papier geblieben, ja, die Propaganda hat es nicht einmal den Massen bekanntgemacht. Als das Programm endlich herauskam, war das Interesse der Beteiligten, besonders aber der Kommunisten, schon ganz auf die auch die radikalsozialistischen Massen umfassende Volksfront und auf deren Programm gerichtet. Am Jahresende war freilich auch das Volksfrontprogramm noch immer nicht fertiggestellt.

### **Der Kampf um die Einheitspartei**

Als die Sozialisten im Frühjahr gemäß dem Beschluß ihres Nationalrates den Kommunisten mitteilten, eine Kommission zur Vereinheitlichung aller Arbeiterparteien sei eingesetzt, erklärten sich die Kommunisten gegenüber der Arbeit dieser Kommission (in der auch die kleinen Gruppen der Pupisten und Doriotisten vertreten waren) desinteressiert, blieben der ersten Sitzung fern, ja, sprachen sich sogar feindlich gegen die Kommission aus. Diese Haltung wurde buchstäblich von einem Tag auf den anderen geändert; zur zweiten Kommissionssitzung erschienen die Kommunisten, nachdem am Vortag in der »Humanité« gestanden hatte, daß sie niemals teilnehmen würden, und ohne daß die »Humanité« ihren Lesern Gründe für die Aenderung ihrer Haltung mitteilte. Selten war so deutlich geworden, daß die Entscheidungen über das Schicksal der Einheitsbewegung nicht in Paris getroffen wurden.

Zum Pfingstparteitag der Sozialisten schlugen die Kommunisten eine Charte für die neue Partei vor. Diese Charte enthielt die Prinzipien der Kommunistischen Internationale, ohne sich jedoch direkt

auf diese zu berufen. Dagegen wurden ausdrücklich alle jene Punkte hervorgehoben, die man mit dem Einheitsprogramm der französischen sozialistischen Parteien von 1905 gemeinsam hat. In bezug auf die Frage der Internationale wurde nur bemerkt, daß die Einheitspartei des französischen Proletariats sich als einen Teil der Einheitspartei des Weltproletariats ansehe. In organisatorischer Hinsicht wird der demokratische Zentralismus gefordert. — Die Haltung der Sozialisten zur Charta war unterschiedlich; eine offizielle Äußerung ist nie erfolgt. Das Parteizentrum um Faure und Sévérac, aber auch um Blum, beruft sich für das Einigungsprogramm immer wieder auf jene Charta von 1905, ohne dem Einwand begegnen zu können, eine dreißigjährige Entwicklung und besonders die Ereignisse bei Ausbruch des Weltkrieges könnten nicht unberücksichtigt bleiben. Wirklich begeistert für die Charta setzte sich nur der Führer der gemäßigten Parteilinken, Zyromski, ein, dessen Einfluß besonders im Seine-Departement groß ist. Er bekannte sich zu den Grundsätzen der Charta, ebenso wie er sich vorher — nach dem etwas platten Gespräch zwischen Stalin und Wells — zur Einheitsfront mit Stalin und nachher — nach den bedeutenden Erklärungen Dimitroffs auf dem Weltkongreß — zur Einheitsfront mit Dimitroff bekannte.

Dann schien es eine Zeitlang, als machten die Verhandlungen über die Einheitspartei gute Fortschritte. Die Kommunisten schienen von ihrer Charta wieder abzugehen, es war Raum für ein wirklich gemeinsames Programm. Ende November legten die Sozialisten der Vereinheitlichungskommission ein Programm vor, das an die Beratungen anknüpfen sollte und in gleichzeitiger Anlehnung an die guesdistischen Traditionen der Sozialistischen Partei für die proletarische Einheitspartei etwa folgende Grundsätze formulierte: Die Partei ist nicht eine Reform-, sondern eine Revolutionspartei. Sie lehnt jede andauernde Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ab, verweigert der bürgerlichen Regierung die wichtigsten Kredite. Sie macht sich den marxistischen Begriff der Diktatur des Proletariats, wie er im Gothaer Programm formuliert sei, zu eigen; im Kriegsfall erklärt sie sich gegen jeden Burgfrieden. Als Organisationsprinzip wird der demokratische Zentralismus anerkannt, wobei zu bemerken ist, daß wahrscheinlich die Kommunisten aus ihrer Erfahrung heraus klarere Vorstellungen über das haben, was der demokratische Zentralismus bedeutet, als die Sozialisten.

In ihrer Hoffnung, daß dieses Programm die Grundlage der Einigung bilden könne, sahen sich die Sozialisten bald enttäuscht. Die Kommunisten begrüßten den Vorschlag durchaus nicht zustimmend: es fehle in ihm völlig die positive Stellungnahme zur Sowjetunion und der Anerkennung der revolutionären Tradition der III. Internationale. In einer gemeinsamen Informationsversammlung für die Angehörigen beider Parteien, die zum erstenmal abgehalten wurde, ging der Redner der Sozialisten, Zyromski, vor allem auf die kommunistischen Beanstandungen ein: er erklärte seine unbedingte Solidarität mit Sowjetrußland, nicht ohne eine leise Kritik an der wirtschaftlichen

Entwicklung anzufügen. — Die Frage der Internationale wurde nicht klar beantwortet, doch erklärte sich Zyromski, wenn auch nicht ausdrücklich, gegen die Versuche der Kommunisten, die französische Sozialistische Partei aus der II. Internationale herauszusprengen: auf keinen Fall dürften, so führte er aus, die wertvollen Massenorganisationen, die in der SAI. zusammengefaßt seien, bei der Einheit abseits bleiben.

Hierauf haben die Kommunisten Erklärungen zur Einheitsfrage nicht mehr abgegeben; über die letzte Kommissionssitzung des Jahres wurde ein Kommuniqué überhaupt nicht mehr ausgegeben. In der kommunistischen Presse wird eine große ideologische Kampagne vorgeschlagen, um die Arbeiter für die »leninistisch-stalinistischen Auffassungen von der proletarischen Revolution« zu gewinnen; eine große, allen Parteiangehörigen offene Einheitsdebatte wird vorgeschlagen. Nachdem aber die Sozialisten bereits früher gemeinsame Versammlungen mit offener Diskussion abgelehnt hatten, dürften sie auch diesen Vorschlag ablehnen.

### Die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung

Hier ist das Bild ein völlig anderes. Die führenden Funktionäre der freien Gewerkschaften lehnten nicht nur die von den roten Gewerkschaften vorgeschlagene Aktionseinheit in jeder Form kategorisch ab, sondern in den ersten Monaten des Jahres mußten auch die Verhandlungen über Vereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände wegen des Widerstandes der freien Gewerkschaften jedesmal ergebnislos abgebrochen werden. Zunächst ging es hauptsächlich um die in der französischen Gewerkschaftsbewegung traditionelle Forderung nach völliger Unabhängigkeit der Gewerkschafts- von der politischen Bewegung. Die Bedingung, im einheitlichen Gewerkschaftsverband dürften weder »Fraktionen« noch auch nur »Tendenzen« geduldet werden, erklärten die Kommunisten zunächst für unannehmbar.

Tatsächlich wurde freilich an der Basis die Einheitsfront häufig hergestellt. In der Aprilsitzung des freigewerkschaftlichen Comité National wurde ein Antrag der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe ausführlich diskutiert, der sich sehr weitgehend für die gewerkschaftliche Einheitsfront einsetzte. In einigen kleineren Verbänden, aber auch in einigen bedeutenden Eisenbahnernverbänden, wurde schon so etwas wie eine organisatorische Einheit hergestellt, deren Ergebnisse freilich nicht eben glänzend waren.

Daß dann nach einiger Zeit die Verhandlungen zwischen den zentralen Leitungen wieder aufgenommen wurden, erfolgte aber nicht auf Druck von unten, sondern auf den ausdrücklichen Wunsch der Kommunisten. Ohne daß über die Frage auch nur noch diskutiert worden wäre, hatten sie in dem Streit um die organisatorischen Folgen der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit nachgegeben. Von da an mußten die Kommunisten, von ihren Verhandlungspartnern geschickt manövriert, in allen Differenzen nachgeben. So forderten sie zum Beispiel zunächst eine proportionelle Vertretung der Minderheiten in den

neu zu bildenden Verbänden, die CGT. setzte durch, daß die Entscheidung darüber durch die Mehrheit der neuen Verbände zu treffen ist. Inzwischen hat sich bereits gezeigt, daß, da die kommunistischen Gewerkschaftsverbände zahlenmäßig der CGT. immer mehr unterlegen sind, diese Regelung in der Mehrzahl der Fälle die Sicherung der einfachen Majoritätsentscheidung bedeutet. — Auch ihre Forderungen über die Modalitäten der Vereinheitlichung konnten die Kommunisten nicht durchsetzen; sie versuchten sich vergeblich auf diese Weise einen größeren Einfluß in den neuen Verbänden zu sichern, als der, der nach ihrer zahlenmäßigen Stärke ihnen zukommen muß.

Gleichwohl war die Neigung der freigewerkschaftlichen Verbände zur Konstituierung der Einheit noch unterschiedlich. Wirklich positiv für die Einheit setzten sich nur die Gewerkschaften der Beamten und der öffentlichen Dienste ein, also vor allem die Verbände der mittleren Beamten und der Lehrer. Ihnen machte die Einigung darum keine Schwierigkeiten, weil die entsprechenden kommunistischen Verbände ganz unbedeutend waren. Bei den Arbeitern der privaten Industrien, insbesondere im Baugewerbe und der Metallindustrie, gab es aber relativ starke kommunistische Verbände, so daß hier die praktische Durchführung der Einigung auf gewisse Schwierigkeiten stieß.

Trotz allen Hindernissen wurden aber, nachdem sich die CGT. und die kommunistische CGTU. auf einem Kongreß zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigt, in allen Verbänden die Einigungskongresse durchgeführt. Die Debatten auf den Kongressen sind lebhaft und politisch vor allem darum interessant, weil ganz deutlich die allgemeine Tendenz vorhanden ist, die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen Bewegung jetzt noch ferner als je zu halten, um bei einem Versagen der politischen Bewegung eine selbständige Rolle spielen zu können.

Wenn auch die juristische Vereinigung erst in den ersten Monaten des neuen Jahres vorgenommen werden kann, so ist faktisch die Einigung der Gewerkschaftsbewegung jedoch bereits vollzogen und die größte Organisation gebildet, in der das französische Proletariat je zusammengefaßt war. Die einheitliche CGT. dürfte über eine Million Arbeitnehmer umfassen.

### **Bilanz und Perspektiven**

Ueberblickt man das Jahr 1935 der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, so fällt in erster Linie die verschiedene Entwicklung der Einheitsbewegung in Parteien und Gewerkschaften auf. Berücksichtigt man hierbei, daß die Sozialistische Partei an der Vereinigung lebhaft interessiert war, die freien Gewerkschaften ihr hingegen kühl, ja zunächst ablehnend gegenüberstanden, so kann die abweichende Entwicklung nur auf eine verschiedene Einstellung der kommunistischen Organisationen zurückzuführen sein.

Außerdem dürfte entscheidend mitgespielt haben, daß die freien Gewerkschaften jede zentrale Vereinbarung über die Aktionseinheit abgelehnt und durchgesetzt haben, daß die organisatorische Einheit

stattfand, ohne daß vorher in bedeutendem Umfang die Aktionseinheit hergestellt war.

Wenn Dimitroff in seinen auf dem Weltkongreß aufgestellten fünf Bedingungen für die Einheit der Arbeiterklasse forderte, der Einigung der Organisationen müsse die Durchführung der Aktionseinheit vorgehen, so scheint nach den Erfahrungen der französischen Einheitsbewegung die Aktionseinheit nur ein Hindernis und kein Motor der Einheit der Arbeiterklasse zu sein. Der französische Parteisekretär Thorez erklärte kürzlich, daß die Kommunistische Partei im November 1935 90,700 Mitglieder gegen 52,000 im September 1934 kassiere, wobei die Zahl für das Vorjahr bestimmt zu hoch gegriffen sein dürfte. Stimmen diese Angaben, so wäre die Kommunistische Partei in der Erreichung ihres Ziels, durch die Einheitsfrontbewegung wieder an die Massen heranzukommen, ein gutes Stück vorangekommen, und es besteht für sie durchaus keine Veranlassung, in absehbarer Zeit die Vereinigung zwischen den beiden Parteien zu fördern.

Sicher ist freilich gleichzeitig, daß die sozialistische Bewegung es nicht verstand, die spontane Einheitsbewegung des französischen Proletariats für die wirkliche Einheit auszunutzen, daß sie fast Objekt der Entscheidungen des Partners blieb. Léon Blum antwortete vor einiger Zeit Kritikern und Zweiflern, sie sollten doch bedenken, wohin man gekommen wäre, wenn man sich nicht an der Einheitsbewegung beteiligt hätte. Es ist ganz sicher, daß ein Ausschalten aus der Einheitsbewegung zur Abwehr gegen den Faschismus unmöglich war. Aber wir glauben, daß die Frage nicht so gestellt werden darf. Es muß vielmehr gefragt werden, was hätte aus dieser Einheitsbewegung gemacht werden können, und war wirklich nicht mehr zu erreichen, als im Jahre 1935 erreicht worden ist?

So bleibt als wirkliches Aktivum nur die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, deren Bedeutung freilich in den kommenden Auseinandersetzungen groß genug sein kann. Gelingt es aber nicht, die Stagnation der politischen Einheitsbewegung zu überwinden, so wird vielleicht schon im Jahre 1936 das internationale Proletariat, das mit gespannter Aufmerksamkeit auf seine französischen Brüder schaut, in seinen Erwartungen tief enttäuscht, sich von der Einheitsbewegung überhaupt abwenden.

---

## Amerika vor der Präsidentenwahl

Von P a u l M a t t i c k.

Wie vieles andere, so ist auch die Krise eine Gewohnheitssache, je länger man darin lebt, desto weniger häßlich wird sie empfunden. Ist es auch schlimm, so könnte es doch noch schlimmer sein, so wie ein verunglückter Mensch sich glücklich schätzt, nur seine Beine und nicht den Kopf verloren zu haben. Die Klagen über das allgemeine